

Indien in Aufruhr

Die Braveheart-Debatte und die Folgen für die indische Demokratie

Christian Wagner / Kristina Roepstorff

Die Gruppenvergewaltigung einer Studentin Mitte Dezember 2012 in Neu-Delhi löste landesweite Proteste und eine Debatte über sexuelle Gewalt und die Stellung der Frau aus. Liberale Kreise fordern mehr Rechte und Freiheiten für Frauen, Verfechter religiös-konservativer Werte dagegen bringen die Vergewaltigung in Zusammenhang mit den Freiheiten, die Frauen in den letzten Jahrzehnten errungen haben; entsprechend wollen sie deren Freiheitsrechte wieder einschränken. Die Heftigkeit der Proteste und die Intensität der Debatte sind nicht zuletzt Ausdruck einer wachsenden Unzufriedenheit mit den Defiziten des indischen Rechtsstaats, die in den neuen städtischen Mittelschichten um sich greift. Welche kurz-, mittel- und langfristigen Folgen ergeben sich daraus für die indische Demokratie ein Jahr vor den nächsten Parlamentswahlen?

Vergewaltigungen sind laut National Crime Record Bureau jene Straftat in Indien, deren Quote am schnellsten ansteigt. Überregionale und lokale Zeitungen berichten täglich von sexueller Gewalt gegen Frauen (und Kinder), etwa alle 21 Minuten wird ein Fall gemeldet. Viele sexuelle Gewaltdelikte werden nicht geahndet, da nur wenige Opfer aus Scham und Angst um ihre Reputation und der ihrer Familie Anzeige erstatten. Wer zur Polizei geht, stößt oftmals auf Unverständnis und setzt sich weiteren Erniedrigungen und Übergriffen aus. In Fällen, in denen es zu einer Anklage kommt, verhindern häufig Korruption und politische Patronage eine Verurteilung. Die chronische Unterbesetzung des Justizapparats trägt dazu bei, dass nicht selten Jahre vergehen, bis eine Verhandlung eröffnet

wird. 2011 wurden mehr als 24 000 Vergewaltigungsfälle gemeldet, die Dunkelziffer lag weit höher. Nur bei einem Viertel davon kam es zu einer Verurteilung. Derzeit sind etwa 95 000 Verfahren anhängig.

Das Problem ist dabei weniger, dass es an gesetzlichen Regelungen fehlen würde; gravierender sind vielmehr chronische Defizite bei ihrer Umsetzung. Als Hauptursache hierfür gelten grassierende Korruption und die weit verbreitete politische Patronage, die auf allen Ebenen von Staat, Verwaltung und Parteien eine Rolle spielt. Im Rule of Law Index 2012–2013 schneidet Indien im Vergleich von 97 Ländern insbesondere bei den Indikatoren Korruption (Platz 83), öffentliche Ordnung und Sicherheit (96), Rechtsdurchsetzung (79) und Zivilgerichtsbarkeit (78) schlecht ab.

Der grausame Tod einer mehrfach vergewaltigten Studentin hat Indien in Aufruhr versetzt. Der Name der Studentin, die Ende Dezember in einem Krankenhaus in Singapur den Folgen ihrer Verletzungen erlag, wurde zunächst geheim gehalten, um das Opfer und seine Familie zu schützen. In den Medien wurde die Studentin daraufhin als »Braveheart« titulierte. Die Regierung hat aus den Braveheart-Protesten und der damit einhergehenden breiten gesellschaftlichen Debatte über die Sicherheit von Frauen erste Konsequenzen gezogen. Die zutage getretene neue Form zivilgesellschaftlicher Mobilisierung und eine Reihe von Regierungsmaßnahmen können kurz-, mittel- und langfristige Auswirkungen auf die indische Demokratie haben.

Kurzfristige Folgen: Mehr Sicherheit?

Die von dem Ausmaß der Braveheart-Proteste überraschte Regierung reagierte mit administrativen, gesetzlichen und polizeilichen Maßnahmen. So wurden beispielsweise Schnellgerichte geschaffen mit der Folge, dass der Prozess gegen die sechs Angeklagten im Braveheart-Verfahren schon im Januar 2013 eröffnet werden konnte. Zudem wurden Hotlines für Opfer sexueller Gewalt eingerichtet und die Zahl der Polizistinnen aufgestockt, um den Frauen mehr Sicherheit zu bieten. Unternehmen, die Callcenter betreiben, verbesserten die Maßnahmen zum Schutz ihrer Mitarbeiterinnen, sind doch viele jüngere Frauen in solchen Centern im Schichtdienst beschäftigt und werden auf dem Weg von und zu ihrer Arbeitsstelle immer wieder mit sexueller Gewalt konfrontiert.

Ende Dezember 2012 richtete die Regierung eine Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen obersten Richters J. S. Verma ein. Bereits Ende Januar 2013 legte die Kommission einen mehr als 600 Seiten starken Bericht vor. Die darin aufgeführten Vorschläge werden in der Sitzungsperiode des Parlaments im Sommer 2013 Anstoß zu einer Reihe von Gesetzesänderungen geben,

mit denen der Schutz der Frauen verbessert werden soll. So soll etwa die Rechtsprechung beschleunigt und dazu beigetragen werden, dass sexuelle Gewalt nicht länger tabuisiert wird. Dies könnte Frauen ermutigen, Anzeige gegen Sexualstraftäter zu erstatten.

Neben den ergriffenen Schutzmaßnahmen trägt die breite gesellschaftliche Empörung über die Vergewaltigung der Studentin dazu bei, dass die indische Gesellschaft für sexuelle Gewalt sensibilisiert wird. Und dies wiederum kann – zumindest kurzfristig – ein größeres Maß an Sicherheit für Frauen schaffen.

Mittelfristige Konsequenzen: Mehr Demokratie?

Abzuwarten bleibt, ob und inwieweit die Protestbewegung im Vorfeld der Wahlen 2014 nachhaltigen Einfluss auf die Politik haben wird. Die Proteste gegen die Vergewaltigung knüpften in gewisser Hinsicht an die Demonstrationen an, die 2011 die indische Politik in Atem hielten. Damals mobilisierte die Protestbewegung des Aktivistinnen Anna Hazare ebenfalls die städtischen Mittelschichten, die auf die Straße gingen, um gegen die als Folge der Liberalisierung ausufernde Korruption und die Untätigkeit der Parteien zu demonstrieren. Aus dieser Bewegung ist mit der Aam Aadmi Party (AAP) eine neue politische Partei entstanden, die von Arvind Kejriwal geführt wird. Die etablierten Parteien haben das Thema Korruption zumindest rhetorisch aufgegriffen. Unklar ist, ob sich die AAP bei den Wahlen als neue politische Kraft etablieren kann.

Unter dem Eindruck der Braveheart-Proteste werden die Mittelschichten die etablierten Parteien vermutlich stärker dazu drängen, dem Thema Regierungsführung noch größere Bedeutung beizumessen als in der Vergangenheit. Landtagswahlen wie in Bihar 2010 haben gezeigt, dass diese Thematik wahlentscheidend sein kann.

Ein wichtiger Aspekt wird die Auswahl der Kandidaten sein, die bislang von der

jeweiligen Parteiführung bestimmt werden, da es bei den meisten Parteien an innerparteilicher Demokratie fehlt. So sind laut der indischen Association for Democracy allein in den letzten fünf Jahren circa 300 wegen sexueller Gewalt angezeigte Männer bei Wahlen auf nationaler und regionaler Ebene angetreten – 40 von ihnen sind wegen Vergewaltigung angeklagt. Die Forderung nach Offenlegung der Vermögensverhältnisse als Mittel zur Eindämmung von Korruption und möglichen Strafverfahren wird künftig noch mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken und das Wahlverhalten bestimmen.

Langfristige Wirkungen: Mehr Gleichheit?

Zahlreiche Menschenrechtsorganisationen kritisieren seit vielen Jahren, dass Frauen in Indien systematisch vernachlässigt werden. Hauptursache sind die traditionellen Wertvorstellungen einer immer noch weitgehend agrarischen Bevölkerung, nach denen Frauen nur eine untergeordnete gesellschaftliche Rolle zukommt. Folge sind verschiedene Formen der Benachteiligung von Frauen und Mädchen in nahezu allen Altersklassen. So werden beispielsweise aufgrund der – offiziell verbotenen – embryonalen Geschlechtsbestimmung Mädchen häufiger abgetrieben. Dies hat mittlerweile zu einem deutlichen Männerüberschuss vor allem in Teilen Nordindiens geführt. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit von Mädchen liegt über der von Jungen, da die Familien mehr in ihre Söhne als in ihre Töchter investieren. Die Einschulungs- und Alphabetisierungsquoten sind bei Jungen höher als bei Mädchen. Da die Braut traditionell eine Mitgift in die Ehe einbringen muss, werden Töchter als finanzielle Belastung für die Familie gesehen, was einmal mehr die fehlende Wertschätzung junger Frauen in ländlichen Regionen unterstreicht. Ehefrauen werden immer wieder Opfer sogenannter Mitgiftmorde, wenn die Familie der Braut nicht bereit ist, nachträgliche Geldforderungen zu erfüllen, die über

die vereinbarte Mitgift hinausgehen. Ein anderes Motiv für solche Morde ist die Absicht des Ehemanns, durch eine erneute Heirat von einer weiteren Mitgift zu profitieren.

Formal hat sich die Stellung der Frauen in den letzten Jahrzehnten verbessert. 1992 wurde eine nationale Frauenrechtskommission gegründet, 1993 ratifizierte Indien die Frauenrechtskonvention der Vereinten Nationen (VN). Im Rahmen der verfassungsrechtlichen Aufwertung der Dorf- und Gemeinderäte (Panchayati Raj) wurde Frauen 1993 eine Quote von einem Drittel der Sitze zuerkannt, was ihnen deutlich mehr Möglichkeiten zu politischer Teilhabe verschafft hat. Seit 2009 gibt es parlamentarische Bemühungen, die Quote auf 50 Prozent der Sitze anzuheben. Eine ähnliche Frauenquote für das nationale Parlament wird seit vielen Jahren diskutiert, findet jedoch bislang keine Zweidrittelmehrheit, die für eine Verfassungsänderung notwendig ist.

Ungeachtet dieser formalen Verbesserungen offenbart der internationale Vergleich, dass Frauen in Indien nach wie vor geringe Wertschätzung genießen. Im Global Gender Gap Report 2012 belegt Indien nur Rang 105 von 135 Ländern und kam 2011 im Gender Inequality Index der Vereinten Nationen auf Rang 129 von 173 Staaten, noch hinter den Nachbarstaaten China, Pakistan, Nepal, Bangladesch, Sri Lanka, Myanmar und Bhutan.

Die sozialstrukturelle, kulturelle und alltägliche Diskriminierung steht nicht im Widerspruch zu dem Phänomen, dass einzelne Frauen bis in höchste politische Ämter aufgerückt sind. Hierzu zählen und zählten unter anderem die einstige Premierministerin Indira Gandhi und ihre Schwiegertochter Sonia, Präsidentin der regierenden Kongresspartei, oder die frühere Präsidentin Pratibha Patil, die gegenwärtige Sprecherin des Parlaments (Lok Sabha), Meira Kumar, sowie ehemalige und amtierende Ministerpräsidentinnen wie Mamata Banerjee (Westbengalen), Mayawati (Uttar Pradesh), J. Jayalalithaa (Tamil Nadu) oder Vasundhara Raje Scindia (Rajasthan).

Viele dieser Frauen entstammen politisch einflussreichen Familien. Ihr Werdegang spiegelt insofern eher den dynastischen Charakter indischer Politik wider und ist nicht unbedingt Ausdruck einer allgemeinen Besserstellung von Frauen.

Die derzeitige Diskussion über Rolle und Stellung der Frau wird bestimmt von westlich-liberalen und religiös-konservativen Positionen, wie sie im Hinduismus, Islam und Sikhismus vorherrschen. Viele der oftmals jugendlichen Demonstrantinnen und Demonstranten vertreten ein modernes, an westlichen Mustern orientiertes Frauenbild und setzen sich für mehr gesellschaftliche Freiheiten der Frauen ein. Die Protestierenden gehören zumeist der neuen indischen Mittelschicht an, die vor allem in den großen Städten anzutreffen ist und über höhere Bildung und höhere Einkommen verfügt. Sie fordern freien Zugang für Frauen zum öffentlichen Raum und eine energischere Bekämpfung aller Formen von offener und versteckter sexueller Gewalt gegen Frauen. In der Debatte über die Stellung der Frauen melden sich aber auch religiös-konservative Kreise zu Wort. Sie sehen in der Freizügigkeit der Frauen eine Gefahr für deren Sicherheit. Die neuen Freiheiten der Frauen sind nach ihrer Auffassung die Ursache dafür, dass sie Opfer sexueller Übergriffe werden. Folglich fordern sie nicht mehr, sondern weniger Freiheiten für die Frauen sowie eine stärkere Beachtung der traditionellen Werte, die den Frauen hinreichend Schutz böten.

Die neue, gut ausgebildete Mittelschicht prägt zwar das internationale Bild Indiens, doch ist damit keineswegs gesagt, dass sich deren liberales Frauenbild auch durchsetzen wird. Die Auseinandersetzung über die neuen Rollenbilder und der Kampf um ihre Durchsetzung findet in erster Linie in den Familien statt, die angesichts fehlender staatlicher Sozialsysteme auch in den modernen Schichten der indischen Gesellschaft eine zentrale Rolle spielen. Die neuen städtischen Mittelschichten bilden aber nur eine Minderheit. Der Grad der Urbanisierung beziffert sich gegenwärtig

auf nur rund 30 Prozent. Der Dienstleistungssektor hat zwar den größten Anteil am Bruttoinlandsprodukt, doch gehen weiterhin zwischen 50 bis 60 Prozent der Bevölkerung landwirtschaftlichen Tätigkeiten nach.

Ausblick

Die Braveheart-Debatte könnte eine Reihe von dringend notwendigen Reformen der indischen Demokratie anstoßen und beschleunigen. Neue Gesetze zum Schutz der Frauen werden aber nicht ein höheres Maß an Sicherheit schaffen, solange es keine Reformen bei Polizei und Justiz gibt. Die Polizei gilt als chronisch korrupt und von politischer Patronage bestimmt; von allen staatlichen Institutionen hat sie das mit Abstand schlechteste Ansehen. Ähnliches gilt für die Gerichte auf den unteren Ebenen, die oft unterbesetzt sind, so dass Verfahren sich in die Länge ziehen und viele Jahre dauern können. Seit Jahrzehnten zeigt sich hier ein Versagen staatlicher Institutionen, aus dem ein Zustand resultiert, der sich eher als institutionalisierte Unsicherheit denn als Rechtssicherheit charakterisieren lässt.

Unabhängig davon, ob die Debatte über die künftige Stellung der Frauen von den liberalen oder den konservativen Kräften entschieden wird: Beide Lager sind sich einig in vielen Forderungen nach grundlegenden Reformen bei Polizei und Justiz. Die stetig wachsende Mittelschicht wird immer mehr Einfluss auf die Politik nehmen. Angesichts der sozio-kulturellen Fragmentierung des Landes wird sie zwar kaum zu einer eigenen politischen Kraft werden. Doch ihre Mobilisierung erhöht zweifellos den Druck auf die nationalen und regionalen Parteien. Eine breite und kritische mediale Berichterstattung wird das Ihre dazu beitragen, dass Politik und persönliches Fehlverhalten in Indien künftig an anderen Maßstäben gemessen werden als in der Vergangenheit.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2013
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors und der Autorin wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364